

Protokoll zur konstituierenden Sitzung des Humanitären Beirats am 03. Mai 2018 im Rathaus Neheim

1. Präsentation von Bürgermeister Ralf Paul Bittner

Abrufbar unter:

https://www.arnsberg.de/buergermeister/veroeffentlichungen/2018/20180503_humanitaerer-beirat.pdf

Sozial-caritative Akteure unserer Stadt zusammenführen: Konstituierende Sitzung des Humanitären Beirates



Ralf Paul Bittner
Rathaus Neheim, 03. Mai 2018



Übersicht

- (1) Sozial-caritative Ziele der Bundes- und Landespolitik
 - a. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung
 - b. Koalitionsvertrag des Bundes
 - c. Koalitionsvertrag des Landes Nordrhein-Westfalen
- (2) Idee des Humanitären Beirates
- (3) Strategische Ausrichtung der Stadt Arnsberg
- (4) Sozialer Arbeitsmarkt
- (5) Soziale Wohnraumförderung
- (6) Wir wollen mit Ihnen ins Gespräch kommen

Konstituierende Sitzung des Humanitären Beirates - Ralf Paul Bittner - Rathaus Neheim - 03. Mai 2018




Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Aufgabenfeld 1: Kontinuierliche Erwerbsbiographien mit leistungsgerechter Entlohnung stärken

- Erwerbseinkommen stärken, Wohlstand auf breiter Basis sichern
- Erwerbsbiografien gezielt unterstützen
- Beschäftigungsfähigkeit aufbauen, Teilhabe ermöglichen, Verfestigung von (Langzeit-) Arbeitslosigkeit bekämpfen

Konstituierende Sitzung des Humanitären Beirates - Ralf Paul Bittner - Rathaus Neheim - 03. Mai 2018




Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Aufgabenfeld 3: Zugang zu gesellschaftlich notwendigen Gütern und Dienstleistungen sichern

- Grundsicherungssysteme und vorgelagerte Leistungen überprüfen und anpassen
- Lebensstandard im Alter sichern
- Teilhabechancen von Menschen mit Behinderung verbessern
- Wohnen: Bezahlbar und integrativ und barrierearm
- Geflüchteten Schutz und Erwerbsmöglichkeiten geben

Konstituierende Sitzung des Humanitären Beirates - Ralf Paul Bittner - Rathaus Neheim - 03. Mai 2018




Koalitionsvertrag zur 19. Legislaturperiode der Bundesregierung

Auszüge aus dem Zielkatalog des Koalitionsvertrages des Bundes:

- Gute Arbeit, breite Entlastung und soziale Teilhabe sichern > bspw. ganzheitlicher Ansatz zur Qualifizierung, Vermittlung und Reintegration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt; Eingliederungstitel SGB II: Sozialer Arbeitsmarkt / Soziale Teilhabe insgesamt vier Mrd. Euro von 2018-21
- Soziale Sicherheit gerecht und verlässlich gestalten > u.a. Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, Gesundheit und Pflege
- Lebenswerte Städte, attraktive Regionen und bezahlbares Wohnen > u.a. Wohnraumoffensive, qualifizierte Mietspiegel; mind. zwei Milliarden Euro in den Jahren 2020/21 zweckgebunden für sozialen Wohnungsbau

Konkretes: Sitzung des Humanitären Beirates - Prof. Paul Simon - Kathol. Institut - 02. Mai 2019




Koalitionsvertrag (2017 - 2022) des Landes Nordrhein-Westfalen

Auszüge aus dem Zielkatalog des Koalitionsvertrages von Nordrhein-Westfalen > Land des sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalts:

- Inklusion: selbstbestimmte Lebensgestaltung und gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebensbereichen
- Arbeit: Teilhabe am Arbeitsmarkt
- Bauen und Wohnen: Soziale Wohnraumförderung

Konkretes: Sitzung des Humanitären Beirates - Prof. Paul Simon - Kathol. Institut - 02. Mai 2019



Gesellschaftliche Herausforderungen




Konkretes: Sitzung des Humanitären Beirates - Prof. Paul Simon - Kathol. Institut - 02. Mai 2019




Idee des Humanitären Beirates

- I. Staatliche Angebote decken Bedarfe weitestgehend ab; ergänzende Hilfe durch caritative Organisationen und Ehrenamtliche. Aber: Es gibt immer wieder Menschen, die durch die gegebenen Raster fallen.
- II. Soziale und gesellschaftliche Probleme vor Ort vernetzt angehen. Schwerpunkte u.a.:
 - (1) Förderung eines Sozialen Arbeitsmarktes
 - (2) Soziale Wohnraumförderung
 - (3) Einzelfallbetrachtung


Konkretes: Sitzung des Humanitären Beirates - Prof. Paul Simon - Kathol. Institut - 02. Mai 2019



Strategie „Arnsberg 2030“ - Zukunftsdimensionen Arnsbergs



Konkretes: Sitzung des Humanitären Beirates - Prof. Paul Simon - Kathol. Institut - 02. Mai 2019




Strategie „Arnsberg 2030“

Wichtige strategische Ziele aus sozial-caritativer Sicht:

- Aktive Bürgerschaft fördern/Bürgerschaftliches Engagement
- Selbstentfaltung und -gestaltung durch Projekte, Initiativen, Vereine sowie gesellschaftliche Beiträge von Unternehmen fördern
- Aktive Teilhabe der Älteren und Sorge für die Ältesten - Stadt des langen und guten Lebens gestalten
- Inklusion - Stadt für alle

Konkretes: Sitzung des Humanitären Beirates - Prof. Paul Simon - Kathol. Institut - 02. Mai 2019



Sozialer Arbeitsmarkt

Konzeption zum Förderprogramm „Öffentlich geförderte Beschäftigung/Sozialer Arbeitsmarkt“:

- Grundlage: Seit 2013 Förderung des Projektes durch das MAGS NRW. Fortsetzung in der Förderphase 2014 bis 2020 über Förderrichtlinie des Europäischen Sozialfonds.
- Ziel: Förderung arbeitsmarktfremder Personengruppen im SGB II und langfristige Integration besonders benachteiligter Zielgruppen
- Zielgruppe/Kriterien des Jobcenters: Langzeitarbeitslosigkeit; persönliche Vermittlungshemmnisse, keine direkte Vermittlung möglich, aber gleichzeitig Entwicklungspotentiale

Konzeption: Montag des Nordrhein-Westfalen - Rat für Sozialpolitik - Köln, Oktober 2013 - 11. Mai 2014

Sozialer Arbeitsmarkt

Logo: EUROPÄISCHER SOZIALFOND, ESF, Ministerium für Arbeit, Soziales und Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Land Nordrhein-Westfalen

Projektförderung „Öffentlich geförderte Beschäftigung in NRW“

Ziele:

- SGB II:** Geförderte Leistungserwerbsfähigkeit, zusätzliche Arbeitsvermittlung (ca. 21 Monate)
- Sonstige:** Integration in den ersten Arbeitsmarkt

Leistungsziele:

- Vergabe geförderter Leistungen:** max. 2 Monate
- Leistungserwerb:** mind. 75% (ab 24 Monate (2017))
- Arbeitsplätze:** mind. 100 (ab 24 Monate (2017))
- Eingliederung:** Integration in den ersten Arbeitsmarkt
- LLR:** mind. 10% (ab 24 Monate (2017))
- Projekt:** mind. 10% (ab 24 Monate (2017))
- Qualifizierung:** mind. 10% (ab 24 Monate (2017))
- Coaching:** mind. 10% (ab 24 Monate (2017))
- Neugetrennte:** mind. 10% (ab 24 Monate (2017))

Ergebnisse:

- SGB II und Leistungserwerb:** Integration in den ersten Arbeitsmarkt
- Ergebnisse:** Integration in den ersten Arbeitsmarkt
- Ergebnisse:** Integration in den ersten Arbeitsmarkt
- Ergebnisse:** Integration in den ersten Arbeitsmarkt
- Ergebnisse:** Integration in den ersten Arbeitsmarkt

Konzeption: Montag des Nordrhein-Westfalen - Rat für Sozialpolitik - Köln, Oktober 2013 - 11. Mai 2014

Sozialer Arbeitsmarkt

Arbeitslosenentwicklung in Arnsberg von 2013 – 2017 (Jahresdurchschnitte)

Jahre	2013	2014	2015	2016	2017
Insgesamt	3.175	3.140	2.951	2.822	2.635
Männer	1.679	1.634	1.560	1.495	1.377
Frauen	1.497	1.506	1.391	1.328	1.258
Langzeitarbeitslose	1.500	1.523	1.470	1.356	1.275
% zu Gesamtzahl	47%	49%	50%	48%	49%
SGB II	922	889	792	798	742
SGB II	2.253	2.251	2.159	2.025	1.893
% zu Gesamtzahl	70%	72%	73%	72%	72%

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Konzeption: Montag des Nordrhein-Westfalen - Rat für Sozialpolitik - Köln, Oktober 2013 - 11. Mai 2014

Soziale Wohnraumförderung

21. November 2017

Ministerin Scharrenbach: Vier Milliarden Euro für sozialen Wohnungsbau

800 Millionen Euro werden jährlich über das Land Nordrhein-Westfalen und die NRW-Bank bereitstellen, um die Baufähigkeit zu unterstützen. Damit bleibt die nordrhein-westfälische Wohnraumförderung auf dem hohen Volumen wie in den Jahren 2013 bis einschließlich 2015. 2016 und 2017 wurde die Wohnraumförderung durch zusätzliche Finanzmittel des Bundes im Zusammenhang mit Ausrüstung auf 1,1 Milliarden Euro aufgestockt.

Aber:

- Arnsberg zählt zu den Kommunen mit einem unterdurchschnittlichen Bedarfsniveau – bei den Mietwohnungen und auch beim Wohneigentum
- Aber Neuerung bei Bewilligungsmieten für öffentlich geförderten Wohnungsbau: in Mietenstufe 2 max. Bewilligungsmiete im öffentlich geförderten Neubau von 4,65 Euro/m² auf 5,00 Euro/m² ab 01. Februar 18

Konzeption: Montag des Nordrhein-Westfalen - Rat für Sozialpolitik - Köln, Oktober 2013 - 11. Mai 2014

Soziale Wohnraumförderung

Angebot und Nachfrage in Arnsberg

- Angebot:

- Rückgang-im Bestand innerhalb von 10 Jahren um rund 41%; Prognose nochmaliger Rückgang um 35% bis 2030, sofern kein Neubau
- Projekt „Generationengerechte Entwicklung Am Müggenberg“: Ab Frühjahr 2018 Bau von 250 neuen Wohnungen, davon etwa 70 öffentlich geförderten Wohnungen

Konzeption: Montag des Nordrhein-Westfalen - Rat für Sozialpolitik - Köln, Oktober 2013 - 11. Mai 2014

Soziale Wohnraumförderung

- Nachfrage:

- a) Preisgebundener Wohnungsbestand: Größte Nachfragegruppe SGB II – Singlehaushalte, aber auch Zahl der SGB XII – Leistungsbezieher (Rentenalter/ dauerhaft erwerbsunfähig) wächst stetig > erhöhter Bedarf preisgünstiger und aber auch barrierefreier Wohnungen
- b) Nicht preisgebunden: Laut Marktexperten zu geringes Angebot an kleinen preisgünstigen Wohnungen für verschiedene Zielgruppen: Starterwohnungen für junge Haushalte/ Senioren; Familien – insb. mit mehreren Kindern, aber auch Alleinerziehende

Konzeption: Montag des Nordrhein-Westfalen - Rat für Sozialpolitik - Köln, Oktober 2013 - 11. Mai 2014

Wir wollen mit Ihnen ins Gespräch kommen

Thematisch „Konstituierende Sitzung – und weiter?“

- Idee des Humanitären Beirates
- Strategie Arnsbergs in Bezug auf sozial-caritative Aufgaben
- Erwartungen der sozial-caritativen Akteure an die Politik


Thematisch „Sozialer Arbeitsmarkt“

- Förderprogramme, z.B. „Öffentlich geförderte Beschäftigung“
- Situation in Arnsberg
- Perspektiven für Arnsberg

Thematisch „Soziale Wohnraumförderung“

- Angebot und Nachfrage in Arnsberg
- Handlungskonzept Wohnen
- Perspektiven für Arnsberg

Landesratliche Sitzung des Humanitären Beirates – Ralf Paul Bittner – Rathaus Arnsberg – 05. Mai 2018



Ralf Paul Bittner
Rathausplatz 1
59759 Arnsberg
+49 2932 201-1246
buergemeister@arnsberg.de
www.arnsberg.de
 RalfPaulBittner

Landesratliche Sitzung des Humanitären Beirates – Ralf Paul Bittner – Rathaus Arnsberg – 05. Mai 2018



Ergänzender Hinweis:

- Thema Barrierefreiheit von städt. Gebäuden > Einladung zur Schulung: Ich möchte gerne die Barrierefreiheit von städtischen Gebäuden überprüfen lassen. In diesem Zusammenhang hat Herr Otto als Beauftragter der Stadt Arnsberg für die Belange von Menschen mit Behinderung ein Konzept erarbeitet, wie wir hier am besten vorgehen. Die Agentur Barrierefreiheit NRW hat den gesetzlichen Auftrag, Träger öffentlicher Belange der Barrierefreiheit zu beraten. Hierzu bietet sie das Instrument der "Bestandsaufnahme NRW" an. Informationen hierzu sind abrufbar unter folgendem Link: http://ab-nrw.de/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=191&Itemid=242. In diesem Zusammenhang besteht u.a. die Möglichkeit, ehrenamtlich engagierte Menschen aus der Selbsthilfe in Tagesveranstaltungen zu schulen, sodass diese Erhebungen zur Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden durchführen können. Die Ergebnisse der Erhebungen finden sich dann für alle Bürgerinnen und Bürger öffentlich einsehbar im Portal "NRW informierBar" wieder: <https://informierbar.de/>. Aus Gründen der Nachhaltigkeit und da auch Menschen in ihrem direkten Lebensumfeld vor Ort beteiligt werden, würden wir diesen Ansatz gerne so verfolgen. Am Mittwoch, 20. Juni 2018 von 10 - 17 Uhr findet im Bürgerbahnhof Arnsberg die Schulung der Agentur Barrierefreiheit NRW statt. **Bei Interesse melden Sie sich bitte direkt bei Herrn Otto (☎ 02932/ 201 1309, ✉ m.otto@arnsberg.de) an.**

2. Schilderung einer Bedarfssituation

- Im Rahmen des Humanitären Beirates und so auch bei künftigen Sitzungen besteht immer auch die Möglichkeit, besonders schwerwiegende Bedarfssituationen zu schildern, sodass gemeinsam Lösungsoptionen und Hilfestellungen erarbeitet werden können.

- Ein Beispiel stellt die Bedarfssituation von Frau H. dar, einer bettlägerigen Frau aus Neheim, deren Lebenssituation mir Anfang diesen Jahres bekannt wurde. Eine Bekannte von ihr nahm Kontakt zu mir auf und Frau H. meldete sich anschließend auch noch einmal selbst per E-Mail bei mir.
- Aufgrund der Schilderung nahm ich unverzüglich Kontakt mit Frau Vorwerk-Rosendahl, Leiterin unserer Geschäftsstelle Engagementförderung auf, die daraufhin Frau H. nur kurze Zeit später Zuhause besuchte, um sich selbst ein Bild von der Bedarfssituation zu machen und konkrete Ansatzpunkte für Hilfestellungen gemeinsam zu besprechen. Frau Vorwerk-Rosendahl erzählte Frau H. im Rahmen dieses Besuchs vom Humanitären Beirat. Um weitere Hilfe in dieser komplexen Bedarfssituation zu erhalten, bat Frau H. um Schilderung ihrer Situation im Rahmen des Humanitären Beirats.

An dieser Stelle auch noch einmal die Bitte an Sie: Wenn Sie Unterstützungsmöglichkeiten für Frau H. sehen, wenden Sie sich bitte an Frau Vorwerk-Rosendahl, die Ihnen auch für Rückfragen zur Verfügung steht: ☎ 02932/ 201 1402, ✉ p.vorwerk-rosendahl@arnsberg.de.

- Die Lebenssituation von Frau H. stellt sich wie folgt dar: Geboren 1952, leidet sie seit ihrem 14. Lebensjahr unter unerträglichen Schmerzen am und im ganzen Körper. Seit 1986 ist Frau H. bettlägerig und auf Hilfe angewiesen. Sie ist bewegungsunfähig, kann nicht aufrecht sitzen, leidet an Inkontinenz. Zweimal täglich kommt ein Pflegedienst 1 Std. morgens und ½ Std. abends. Frau H. wohnt in ihrem Elternhaus im Eigentum, aber es handelt sich um einen alten nicht behindertengerechten Altbau. Eine vom Hochsauerlandkreis übernommene Haushaltshilfe für Einkäufe, Besorgungen und zum Reinigen der Wohnung kommt von Mo-Fr von 8-10 Uhr. Das Mittagessen wird um 10 Uhr an ihr Bett gestellt, in Handtüchern eingewickelt und kann mittags höchstens noch im lauwarmen Zustand eingenommen werden. Sie wird nur morgens und abends gewaschen und auf den Toilettenstuhl gesetzt, ansonsten gibt es keine weitere Hilfe. Aufgrund ihrer Inkontinenz liegt sie teilweise bis zu 14 Stunden im nassen Bett. Frau H. hat keinerlei soziale Ansprache und war seit 2003 nicht mehr an der frischen Luft, zum Beispiel auf dem Balkon, und hat ihr Schlafzimmer nicht verlassen.
- Sowohl das Betreuungsgeld, als auch die Leistungen für die Verhinderungspflege erhält der Pflegedienst zusätzlich, da ansonsten die 1 ½ Stunden am Tag nicht sichergestellt würden. Die Leistungen aus dem Pflegegrad 4 erhält der Pflegedienst selbstverständlich auch. Der Grund für die Vereinnahmung aller Gelder laut Aussage des Pflegedienstes: Der Pflegeaufwand sei im Fall von Frau H. zu groß.

- Trotz ihres Schicksals ist Frau H. keineswegs, wie man vermuten könnte, anklagend oder zu fordernd. Sie ist sehr reflektiert, nicht verbittert, versucht sich mit ihrer Situation zu arrangieren und gibt nicht auf. Ihre Stärke ist bewundernswert. So hat Frau Vorwerk-Rosendahl sie bei ihrem Besuch als höfliche, kommunikative, freundliche und auch sehr gepflegte Frau erlebt, die sich ihrem Schicksal entgegen stellt.
- Frau H. ist der Verbleib im Elternhaus sehr wichtig, und auch aus Einschätzung von Frau Vorwerk-Rosendahl ist es das letzte Stück Selbstbestimmung, das sie sich daher erhalten möchte. Frau H. benötigt in jedem Fall soziale Kontakte, Ansprache und die Möglichkeit, ab und zu an die frische Luft zu kommen. Zusätzlich benötigt sie fachliche Beratung, ob es legitim ist, dass ein Pflegedienst alle Gelder für die Pflege vereinnahmt. Auch das Betreuungsgeld und die Leistungen der Verhinderungspflege bzw. ob es noch andere Gelder zu beantragen gibt, die ihre Situation verbessern könnte.

3. Kurzzusammenfassung der Thementische

a. Konstituierende Sitzung – und weiter? (Langfassung Anlage 1)

Moderation durch Herrn Bürgermeister Ralf Paul Bittner

Sozial-Rufnummer

- Idee, der Einrichtung z.B. einer (städtischen) Rufnummer (ähnlich wie Behördenrufnummer 115), um Ansprechpartner für verschiedene Probleme erfahren zu können.

Vernetzung

- Vorschlag, Probleme in einer Art „Intranet“ melden zu können und dort Ansprechpartner zu finden. Auf dieser Plattform könnte sich jeder Träger registrieren und auch sehen, wer andere Hilfestellungen anbietet. Hier: Technische Möglichkeiten prüfen; Datenschutz und rechtliche Haftung beachten.
- Ergänzend dazu: Darstellen, dass der Humanitäre Beirat Infos sammelt, vielleicht kommen dann Menschen oder Institutionen mit ihren Hilfsangeboten auf uns zu.
- Hauptamtliches und ehrenamtliches Beratungsnetzwerk vorstellen

Kommunaler Petitionsausschuss

- Idee von Herrn Bürgermeister Bittner, eine Art kommunalen Petitionsausschuss für Hilfesuchende einzurichten.

Humanitärer Beirat als Dachorganisation

- Fazit: Netzwerke bündeln – verbinden – nicht zu viele Stellen – Humanitärer Beirat als Dachorganisation, die die vielen Netzwerke vernetzt und bündelt, ggf. koordiniert
- Fragestellung: Wie geht es weiter mit dem Humanitären Beirat?
- Anregungen dazu: 2x oder 4x im Jahr oder öfter?; offenes Arbeiten in Zusammenarbeit z.B. mit dem Seniorenbeirat; Gremium sollte nicht zu groß werden; nächstes Treffen nutzen, um weiter an den Strukturen zu arbeiten; schon vorhandene Hilfseinrichtungen könnten bei zukünftigen Treffen ihre eigene Arbeit darstellen.

b. Sozialer Arbeitsmarkt (Langfassung Anlage 2)

Moderation durch Herrn Melchert – Fachbereichsleiter Allgemeine und soziale Bürgerdienste – und Frau Welschhoff – Fachdienstleitung Amt für Grundsicherung | Jobcenter

Maßnahmen allgemein

- Es gibt verschiedene Programme, die Langzeitarbeitslose in Arbeit bringen sollen. Eine Maßnahme läuft im Herbst dieses Jahres an, die Stadt Arnsberg kann hier 15 Plätze besetzen.
- Die Beteiligten bewerten derartige Maßnahmen allerdings zwiespältig: Einerseits verschaffen sie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Perspektive für die Zukunft, andererseits verpufft die Wirkung recht schnell, wenn die Beteiligten dann nicht nach der Maßnahme direkt vermittelt werden (abruptes Ende einer Maßnahme). Viele fallen dann in ein psychisches Loch, da die Frage aufkommt „Wozu habe ich das überhaupt gemacht, wenn ich jetzt weiterhin arbeitslos zuhause sitze?“
- Als sehr positiv wird das Projekt Joblotsen hervorgehoben
- Modelle wie beispielsweise die Möglichkeit einer Ausbildung in Teilzeit sollten gefördert werden, denn man muss sich flexibel und innovativ zeigen, wenn man einen sozialeren Arbeitsmarkt erschaffen möchte. Bewusst muss einem bei der Arbeit mit Langzeitarbeitslosen aber sein, dass man mitunter bei Null anfängt. Daher kann die Zusammenarbeit beispielsweise ehrenamtlich Engagierter mit Langzeitarbeitslosen manchmal sehr frustrierend sein. Deshalb benötigt man hier einen langen Atem, dann lohnt es sich aber sehr, da sind sich alle einig.

Jugendarbeitslosigkeit

- Ausführlich diskutiert wird insbesondere der Bereich der Jugendarbeitslosigkeit. Als Vorbild wird das Programm „Ich pack das!“ von Innogy genannt, das sich offenbar speziell an Jugendliche wendet, die schon länger damit Probleme haben, Arbeit zu finden.
- Eine andere Möglichkeit, die thematisiert wird, ist eine Ausbildung, die die Kolpingwerke jungen Menschen ermöglichen. Das wird aber skeptisch gesehen, da nach Erfahrung vieler Teilnehmer diese Ausbildung von Arbeitgebern kaum anerkannt wird. Besser ist, da sind sich alle einig, eine Ausbildung direkt bei einem Betrieb, der den Azubi nach der Ausbildung dann auch weiter beschäftigt.
- Die IHK hat zudem wohl mal ein Projekt durchgeführt, bei dem Azubis erst einmal nur Teilqualifikationen einer Stelle erwerben und diese nacheinander. Dadurch sank die Schwelle, es mal zu versuchen, und am Ende hatten die Azubis, allerdings natürlich über einen längeren Zeitraum hinweg, alle Qualifikationen einer Stelle erworben und damit einen vollwertigen Abschluss in der Tasche.

Altersarmut

- Aus Sicht des Seniorenbeirates sind auch Senioren eine Gruppe, die man in diesem Zusammenhang betrachten sollte: Viele leiden unter Altersarmut, zudem würden viele gerne länger arbeiten. Hier sollten die Regelungen gelockert werden, die das teilweise unterbinden, und zudem könnte man Synergie-Effekte schaffen: Viele alleinerziehende Frauen bzw. Männer sind auch deshalb langzeitarbeitslos, weil sie keine Kinderbetreuung finden. Das gilt insbesondere in Randzeiten/bei Schichtdiensten. Vielleicht könnten ältere Menschen, die eine Beschäftigung suchen, für die Betreuung der Kinder herangezogen werden.

c. Soziale Wohnraumförderung (Langfassung Anlage 3)

Moderation durch Frau Dräger-Möller vom Fachbereichsbüro Planen | Bauen | Umwelt – Stadtentwicklung

Workshop-Ergebnisse

- Kurzvorstellung der Wohnungsmarktanalyse im Rahmen des Handlungskonzeptes „Zukunft Wohnen in Arnsberg“ (vgl. hierzu: <https://www.arnsberg.de/stadtentwicklung/zukunft-wohnen-fortschreibung.php>)
- Vorstellung der bisherigen Ergebnisse aus Bürgerforen und Fachgesprächen zum Thema ‚Bezahlbare Wohnungen dringend gesucht - aber nicht zu finden!‘. Auf die Fragestellung:

Was kann getan werden, damit sich das Angebot erhöht?" wurden die folgenden Vorschläge gemacht:

_Wohnungstauschbörse

_Abbau von Vermietungshemmnissen für Menschen mit Zugangsproblematiken am Wohnungsmarkt:

_Diskussions- und Imagekampagne, um Vorbehalte von Vermietern abzubauen

_Speeddating Vermieter - Mieter

_Mietpaten

_Mietführerschein

_Begleitung von Mietverhältnissen durch soziale Betreuung

_Servicestelle Wohnungsbauförderung: Aktive kommunale Förderberatung in Ergänzung zur Bewilligungsbehörde im HSK

_Unterstützung und Begleitung von Bauvorhaben zur Deckung eines bedarfs- und nachfragegerechten Wohnraumangebotes, auch im unteren Mietpreissegment

_Nutzungsgebundene Vergabe von städtischen Grundstücken (begrenzt möglich)

_Festsetzung von Quoten für Mietwohnungsbau in Bebauungsplänen von Neubaugebieten

Probewohnen

- Herr Schlinkert und Herr Herrig von der Arnsberger Wohnungsbaugenossenschaft erläutern das in der Vergangenheit sich schon einmal bewährte Konzept 'Probewohnen für junge Menschen' aus sozial schwierigen Verhältnissen. Vor zehn Jahren habe es dieses Konzept schon einmal in Kooperation mit der evangelischen Kirche gegeben. Die AWG ist sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst, die Vorbehalte gegen junge Mieter steigen weiterhin und hier würde das Angebot einen ersten Ansatz darstellen. Daher könne sich die AWG eine Neuauflage vorstellen. Wichtig sei nur, dass eine Betreuung sichergestellt sei („Wohnfähigkeit“ herstellen und Begleitung bei Fragen). Deshalb sei die AWG schon länger auf der Suche nach einem geeigneten Partner. Frau Vorwerk-Rosendahl von der Engagementförderung der Stadt Arnsberg unterstützt diese Idee und wird sich noch einmal mit der AWG treffen, um Näheres zu besprechen. Frau Gerwin von der Zukunftsagentur Alter kann sich auch vorstellen, dass bspw. Mitglieder des Seniorenbeirates hieran Interesse haben könnten.

Mietpaten

- Frau Molitor vom Förderkreis psychische Gesundheit, die ohnehin schon mit der AWG kooperiert (soziale Verantwortung), bringt die Idee der Einführung eines Erfahrungsaustausches von Mietpaten mit ein. Es sei sinnvoll, dass sich Mietpaten und die, die es werden wollen und bisher nur „Laienkompetenz“ besitzen, vernetzen.
- Wichtig ist es generell beim Thema „Wohnungsnot“ aus Gruppensicht auch, dass Ältere und Jüngere zusammengeführt würden. Viele Ältere leben in großen Häusern ganz alleine und hätten demnach noch Wohnraum zur Verfügung, vermieten diesen aber insb. nicht an Jüngere aufgrund von Vorbehalten. Frau Dräger-Möller regt an, analog zu einem Mietpaten auch über Verkaufsassistenten für ältere Einfamilienhausbesitzer nachzudenken, um diesen den Schritt aus dem Eigenheim zu erleichtern und gleichzeitig jungen Familien den Erwerb dieser Häuser zu ermöglichen.

Zusammenarbeit Frauenhaus/ AWG

- Frau Pinto vom Frauenhaus Arnsberg berichtet darüber, dass sie große Probleme haben, Wohnungen für ihre Frauen zu finden. Dies ginge dann sogar so weit, dass akut bedrohte Frauen keinen Platz bekommen würden, weil Frauen, die gerne wieder in eine „reguläre“ Wohnung ziehen würden, keine Wohnung bekommen (u.a., weil Vermieter Konflikte mit Ex-Männern/ Lebensgefährten befürchten). Herrn Schlinkert sind solche Fälle bei der AWG nicht bekannt und er bietet an, sich bei Bedarf zu melden und gibt Frau Pinto seine Visitenkarte mit den Kontaktdaten.

Finanzielle Mittel

- Die finanzielle Ausstattung für Hilfsmöglichkeiten ist auch ein Thema. So stellt sich innerhalb der Gruppe die Frage, ob es nicht auch ggf. Fördermittel für karitative Organisationen gibt, um monetäre Unterstützung zu ermöglichen für Fragestellungen, wie sie in der heutigen Diskussion auch aufgeworfen wurden.

Zusammenarbeit Wohnungswirtschaft und karitative Vereine

- Frau Dräger-Möller regt an, den heute begonnenen Dialog zwischen der Wohnungswirtschaft und karitativen Vereinen und Verbänden mit weiteren Vertretern im Rahmen der Umsetzung des Handlungskonzeptes 'Zukunft Wohnen in Arnsberg' fortzusetzen.

Anlage 1 (Thementisch: Konstituierende Sitzung – und weiter?)

Sozial-Rufnummer

- Idee, der Einrichtung z.B. einer (städtischen) Rufnummer (ähnlich wie Behördenrufnummer 115), um Ansprechpartner für verschiedene Probleme erfahren zu können.

Vernetzung

- Vorschlag, Probleme in einer Art „Intranet“ melden zu können und dort Ansprechpartner zu finden. Auf dieser Plattform könnte sich jeder Träger registrieren und auch sehen, wer andere Hilfestellungen anbietet. Hier: Technische Möglichkeiten prüfen; Datenschutz und rechtliche Haftung beachten.
- Trägerunabhängige Institutionen müssten sich selbst einbringen und ihre Daten selbständig aktualisieren
- Ergänzend dazu: Darstellen, dass der Humanitäre Beirat Informationen sammelt, vielleicht kommen dann Menschen oder Institutionen mit ihren Hilfsangeboten auf uns zu.
- Hauptamtliches und ehrenamtliches Beratungsnetzwerk vorstellen
- In der Arnsberg APP kann man lt. Herrn Eckhoff schon jetzt nach bestimmten Institutionen suchen und man bekommt sie direkt angezeigt, ist einfach nicht bekannt genug
- Personen mit ähnlichen Nöten zusammenführen, z.B. Konzept Rönkhauser Straße
- Rahmen für die Vernetzung schaffen - Struktur und Themen fehlen
- Gegenseitige Tipps, wer helfen kann, wenn der eine nicht helfen kann, kennt vielleicht jemand anderes eine Lösung
- Mitarbeit z.B. durch Lebenshilfe NRW – Eingliederungshilfe?
- Diese könnte z.B. besondere Problemstellungen an die Stadtverwaltung melden, dort kann man sich dann besser vorbereiten und mehr Menschen können Lösungsvorschläge unterbreiten.

Informationsaustausch

- Vorschlag, im Rahmen des Humanitären Beirates auch Broschüren vorzustellen
- Es gibt schon diverse Hilfestellungen und Hilfsangebote, die aber einfach nicht bekannt sind
- Ansprechpartner für Probleme müssen öffentlicher gemacht bzw. genannt werden
- Möglichkeiten zur Hilfe durch Mediziner oder Ärzte, z.B. in Form von Flyern oder Tipps durch den Arzt selbst. Die Mediziner müssten Patienten auf speziell für Sie abgestimmte Hilfestellungen oder Hilfsangebote aufmerksam machen

Kommunaler Petitionsausschuss

- Idee von Herrn Bürgermeister Bittner, eine Art kommunalen Petitionsausschuss für Hilfesuchende einzurichten.
- Fazit: Netzwerke bündeln – verbinden – nicht zu viele Stellen > Humanitärer Beirat als Dachorganisation, die die vielen Netzwerke vernetzt und bündelt, ggf. koordiniert

Fragestellung: Wie geht es weiter mit dem Humanitären Beirat?

- Anregungen dazu: 2x oder 4x im Jahr oder öfter?; offenes Arbeiten in Zusammenarbeit z.B. mit dem Seniorenbeirat; Gremium sollte nicht zu groß werden; nächstes Treffen nutzen, um weiter an den Strukturen zu arbeiten; schon vorhandene Hilfseinrichtungen könnten bei zukünftigen Treffen ihre eigene Arbeit darstellen.

Anlage 2 (Thementisch: Sozialer Arbeitsmarkt)

Maßnahmen allgemein

- Es gibt verschiedene Programme, die Langzeitarbeitslose in Arbeit bringen sollen.
- Eine Maßnahme läuft im Herbst dieses Jahres an, die Stadt Arnsberg kann hier 15 Plätze besetzen. Herr Melchert wird das Thema dem Verwaltungsvorstand und den Mitgliedern der Verwaltungskonferenz in der nächsten Sitzung noch einmal vorstellen.
- Die Beteiligten bewerten derartige Maßnahmen allerdings zwiespältig: Einerseits verschaffen sie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Perspektive für die Zukunft, andererseits verpufft die Wirkung recht schnell, wenn die Beteiligten dann nicht nach der Maßnahme direkt vermittelt werden (abruptes Ende einer Maßnahme). Viele fallen dann in ein psychisches Loch, da die Frage aufkommt „Wozu habe ich das überhaupt gemacht, wenn ich jetzt weiterhin arbeitslos zuhause sitze?“
- Insbesondere die Digitalisierung bislang analog vorliegender Daten ist ein Gebiet, das sich einige der Beteiligten als gutes Aufgabenfeld für Langzeitarbeitslose oder schwer vermittelbare Menschen vorstellen könnten: Denn hierbei handelt es sich um eine regelmäßige Tätigkeit, die denjenigen langsam wieder an die Routine des Arbeitslebens heranführt.

Jugendarbeitslosigkeit

- Ausführlich diskutiert wird insbesondere der Bereich der Jugendarbeitslosigkeit. Als Vorbild wird das Programm „Ich pack das!“ von Innogy genannt, das sich offenbar speziell an Jugendliche wendet, die schon länger damit Probleme haben, Arbeit zu finden. Ein entsprechender Flyer zum Programm soll Herrn Melchert noch zugeschickt werden.
- Konkret angeregt wird diesbezüglich eine Kooperation der Stadtwerke Arnsberg mit verschiedenen Handwerksbetrieben. Die Idee: Die Stadtwerke geben speziell langzeitarbeitslosen/schwer vermittelbaren jungen Menschen die Chance auf eine Ausbildung. Dabei kooperieren die Stadtwerke mit Handwerksbetrieben, in denen die Azubis dann spezielle handwerkliche Fertigkeiten erlernen. Herr Melchert wird diese Idee mit Herrn Weißer besprechen.
- Eine andere Möglichkeit, die thematisiert wird, ist eine Ausbildung, die die Kolpingwerke jungen Menschen ermöglichen. Das wird aber skeptisch gesehen, da nach Erfahrung vieler Teilnehmer diese Ausbildung von Arbeitgebern kaum anerkannt wird. Besser ist, da sind sich alle einig, eine Ausbildung direkt bei einem Betrieb, der den Azubi nach der Ausbildung dann auch weiter beschäftigt. Die Ausbildung bei den Kolpingwerken betrachten einige als eine Art Laborsituation, die nicht die richtigen Arbeitsverhältnisse widerspiegelt und es dem Azubi damit erschwert, später Arbeit zu finden.

Altersarmut

- Aus Sicht des Seniorenbeirates sind auch Senioren eine Gruppe, die man in diesem Zusammenhang betrachten sollte: Viele leiden unter Altersarmut, zudem würden viele gerne länger arbeiten. Hier sollten die Regelungen gelockert werden, die das teilweise unterbinden, und zudem könnte man Synergie-Effekte schaffen: Viele alleinerziehende Frauen bzw. Männer sind auch deshalb langzeitarbeitslos, weil sie keine Kinderbetreuung finden. Das gilt insbesondere in Randzeiten/bei Schichtdiensten. Vielleicht könnten ältere Menschen, die eine Beschäftigung suchen, für die Betreuung der Kinder herangezogen werden. Damit würde beiden Gruppen geholfen. Problem ist natürlich, dass die Alleinerziehenden Zuverlässigkeit und eine feste Konstante in der Betreuung ihrer Kinder benötigen, die Frage hier aber ist, inwieweit die Rentner das garantieren könnten. Das müsste man weiter untersuchen.

Weitere Themen/ Anregungen

- Betont wird in der Runde auch, dass man nicht alle Langzeitarbeitslosen über einen Kamm scheren kann. Jeder hat seine individuellen Voraussetzungen, Talente und Hindernisse, so dass man jeden Fall für sich betrachten bzw. zumindest mehrere Ansätze - statt nur einem für alle - finden muss.
- Frau Welschhoff erwähnt eine Initiative, von der sie im Radio gehört hat: Eine Stadt (vermutlich Essen) macht nun zur Bedingung bei öffentlichen Vergabeverfahren, dass die Bewerber Langzeitarbeitslose einstellen. Wer das nicht belegen kann, erfüllt nicht die Voraussetzung, um an jeglichen öffentlichen Vergabeverfahren teilzunehmen. Die Teilnehmer der Diskussionsrunde zweifeln zwar an, dass diese Regelung einer gerichtlichen Überprüfung Stand halten würde, sind aber der Meinung, dass man Neues probieren und auch mit neuen Ansätzen experimentieren sollte, wie es hier der Fall ist. In Möglichkeiten statt in Problemen denken, sei die Devise.
- Einige geben zu bedenken, dass es für Arbeitgeber zwar ein Risiko sei, Langzeitarbeitslose einzustellen oder auszubilden, die Kosten durch die Langzeitarbeitslosigkeit an sich für die Gesellschaft aber auch nicht ohne seien, da Langzeitarbeitslose beispielsweise häufig Depressionen entwickeln usw.
- Generell sollten mehr Angebote wie eine 24 Stunden Kita geschaffen werden, finden einige.
- Einige Teilnehmer warnen davor, zu viele Aufgaben ins Ehrenamt auszulagern. Die Menschen dürfen auch nicht zu sehr belastet werden, zudem müssen dauerhafte Lösungen gefunden werden.

- Als sehr positiv und ausbauenswert wird hier das Projekt Joblotsen hervorgehoben. Sollte der hier hauptsächlich zuständige Ansprechpartner noch nicht zum Humanitären Beirat eingeladen worden sein, sollte das unbedingt nachgeholt werden.
- Als geradezu genial wird ein Projekt eingestuft, von dem Herr Demming von der Caritas berichtet: Ein Unternehmen besetzte dabei eine Stelle zugleich mit einem neu ins Arbeitsleben startenden jungen Menschen und einem vor der Rente stehenden älteren Menschen. Die Arbeitszeit des Älteren wurde im gleichen Maße von 100 auf 0 heruntergefahren, wie die des Jüngeren von 0 auf 100 hochgefahren wurde. So stieg der eine schrittweise ein und der andere schrittweise aus (100/0 -> 90/10 -> 80/20 -> 70/30 usw.). Die Stelle war also zu jedem Zeitpunkt zu 100 Prozent besetzt. Damit sank auch für schwerer vermittelbare junge Menschen die Hürde, eine Stelle anzunehmen, da sie ja zu Beginn erst einmal nur 10 Prozent der Arbeitszeit arbeiteten, dann 20 Prozent usw.
- Die IHK hat zudem wohl mal ein Projekt durchgeführt, bei dem Azubis erst einmal nur Teilqualifikationen einer Stelle erwarben und diese nacheinander. Dadurch sank die Schwelle, es mal zu versuchen, und am Ende hatten die Azubis, allerdings natürlich über einen längeren Zeitraum hinweg, alle Qualifikationen einer Stelle erworben und damit einen vollwertigen Abschluss in der Tasche.
- Modelle wie dieses oder wie beispielsweise die Möglichkeit einer Ausbildung in Teilzeit sollten gefördert werden, denn man muss sich flexibel und innovativ zeigen, wenn man einen sozialeren Arbeitsmarkt erschaffen möchte. Bewusst muss einem bei der Arbeit mit Langzeitarbeitslosen aber sein, dass man mitunter bei Null anfängt. Schon alleine das morgendliche Aufstehen aus dem Bett ist oft eine Aufgabe, an der manche scheitern. Daher kann die Zusammenarbeit beispielsweise ehrenamtlich Engagierter mit Langzeitarbeitslosen manchmal sehr frustrierend sein. Deshalb benötigt man hier einen langen Atem, dann lohnt es sich aber sehr, da sind sich alle einig.

Anlage 3 (Thematisch: Soziale Wohnraumförderung)

Workshop-Ergebnisse

- Kurzvorstellung der Wohnungsmarktanalyse im Rahmen des Handlungskonzeptes „Zukunft Wohnen in Arnsberg“ (vgl. hierzu: <https://www.arnsberg.de/stadtentwicklung/zukunft-wohnen-fortschreibung.php>)
- Vorstellung der bisherigen Ergebnisse aus Bürgerforen und Fachgesprächen zum Thema ‚Bezahlbare Wohnungen dringend gesucht - aber nicht zu finden!‘. Auf die Fragestellung: ‚Was kann getan werden, damit sich das Angebot erhöht?‘ wurden die folgenden Vorschläge gemacht:

_Wohnungstauschbörse

_Abbau von Vermietungshemmnissen für Menschen mit Zugangsproblematiken am Wohnungsmarkt:

_Diskussions- und Imagekampagne, um Vorbehalte von Vermietern abzubauen

_Speeddating Vermieter - Mieter

_Mietpaten

_Mietführerschein

_Begleitung von Mietverhältnissen durch soziale Betreuung

_Servicestelle Wohnungsbauförderung: Aktive kommunale Förderberatung in Ergänzung zur Bewilligungsbehörde im HSK

_Unterstützung und Begleitung von Bauvorhaben zur Deckung eines bedarfs- und nachfragegerechten Wohnraumangebotes, auch im unteren Mietpreissegment

_Nutzungsgebundene Vergabe von städtischen Grundstücken (begrenzt möglich)

_Festsetzung von Quoten für Mietwohnungsbau in Bebauungsplänen von Neubaugebieten

Gesetzliche Bauvorgaben

- Herr Schlinkert und Herr Herrig von der Arnsberger Wohnungsbaugenossenschaft schildern, dass das Bauen auf Grund gesetzlicher Bauvorgaben immer teurer würde. Grundsätzlich könne man auch günstige Mieten anbieten in Kombination mit der Selbstinstandsetzung

der Wohnung. Aber nach und nach würden die Wohnungen auch modernisiert. Tendenziell sei damit natürlich die Gefahr verbunden, dass der Mietzins steigt und damit für einige Mieter 'grenzwertig' werde.

Probewohnen

- Herr Schlinkert und Herr Herrig erläutern das in der Vergangenheit schon einmal bewährte Konzept 'Probewohnen für junge Menschen' aus sozial schwierigen Verhältnissen. Vor zehn Jahren habe es dieses Konzept bereits schon einmal in Kooperation mit der evangelischen Kirche gegeben. Die AWG ist sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst, die Vorbehalte gegen junge Mieter steigen weiterhin und hier würde das Angebot einen ersten Ansatz darstellen. Daher könne sich die AWG eine Neuauflage vorstellen. Wichtig sei nur, dass eine Betreuung sichergestellt sei („Wohnfähigkeit“ herstellen und Begleitung bei Fragen), deshalb sei die AWG schon länger auf der Suche nach einem geeigneten Partner. Frau Vorwerk-Rosendahl von der Engagementförderung der Stadt Arnsberg unterstützt diese Idee und wird sich noch einmal mit der AWG treffen, um Näheres zu besprechen. Frau Gerwin von der Fachstelle Zukunft Alter kann sich auch vorstellen, dass bspw. Mitglieder des Seniorenbeirates hieran Interesse haben könnten.
- Zu dem Angebot von der AWG kommt aus der Gruppe die Anregung, dieses Angebot nicht nur für junge Menschen, sondern auch für andere Gruppen zu öffnen. Dem steht die AWG grundsätzlich sehr offen gegenüber, allerdings würden sie den vorgestellten und sich auch bewährten Ansatz erst einmal wieder so verfolgen. Und natürlich spielen auch die geldlichen Mittel eine Rolle.

Mietpaten

- Frau Molitor vom Förderkreis psychische Gesundheit, die ohnehin schon mit der AWG kooperiert (soziale Verantwortung), bringt die Idee der Einführung eines Erfahrungsaustausches von Mietpaten mit ein. Es sei sinnvoll, dass sich Mietpaten und die, die es werden wollen und bisher nur „Laienkompetenz“ besitzen, vernetzen.
- Wichtig sei generell beim Thema „Wohnungsnot“ aus Gruppensicht auch, dass Ältere und Jüngere zusammengeführt würden. Viele Ältere leben in großen Häusern ganz alleine und hätten demnach noch Wohnraum zur Verfügung, vermieten diesen aber insb. nicht an Jüngere aufgrund von Vorbehalten. Frau Dräger-Möller regt an, analog zu einem Mietpaten auch über Verkaufsassistenten für ältere Einfamilienhausbesitzer nachzudenken, um diesen den Schritt aus dem Eigenheim zu erleichtern und gleichzeitig jungen Familien den Erwerb dieser Häuser zu ermöglichen.

Zusammenarbeit Frauenhaus/ AWG

- Frau Pinto vom Frauenhaus Arnsberg berichtet darüber, dass sie große Probleme haben, Wohnungen für ihre Frauen zu finden. Dies ginge dann sogar so weit, dass akut bedrohte Frauen keinen Platz bekommen würden, weil Frauen, die gerne wieder in eine „reguläre“ Wohnung ziehen würden, keine Wohnung bekommen (u.a., weil Vermieter Konflikte mit Ex-Männern/ Lebensgefährten befürchten). Herrn Schlinkert sind solche Fälle bei der AWG nicht bekannt und er bietet an, sich bei Bedarf zu melden und gibt Frau Pinto seine Visitenkarte mit den Kontaktdaten.

Finanzielle Ausstattung

- Die finanzielle Ausstattung für Hilfsmöglichkeiten ist auch ein Thema. So stellt sich innerhalb der Gruppe die Frage, ob es nicht auch ggf. Fördermittel für karitative Organisationen gibt, um monetäre Unterstützung zu ermöglichen für Fragestellungen, wie sie in der heutigen Diskussion auch aufgeworfen wurden.

Zusammenarbeit Wohnungswirtschaft und caritative Vereine

- Frau Dräger-Möller regt an, den heute begonnenen Dialog zwischen der Wohnungswirtschaft und karitativen Vereinen und Verbänden mit weiteren Vertretern im Rahmen der Umsetzung des Handlungskonzeptes 'Zukunft Wohnen in Arnsberg' fortzusetzen.

Weitere Themen/ Anregungen

- Frau Vogt von der Wohnungslosenberatung der Diakonie-Ruhr-Hellweg regt an, jedoch nur Zielgruppen bzw. Themenfelder zu „bearbeiten“, an und in denen noch niemand der vielen weiteren Träger arbeitet und wo bereits Unterstützung durch bspw. Träger wie den LWL gegeben wäre.
- Frau Humpe (Bündnis 90/ Die Grünen) stellt die Frage in den Raum, wie man als Hartz IV-Empfänger denn überhaupt gut eine Wohnung findet. Hier müsse man sich ggf. auch etwas zur Unterstützung überlegen. Gerade vor dem Hintergrund der maximal übernehmbaren Kosten.
- Vielleicht wäre auch in diesem Fall die Zurverfügungstellung von Mietpaten als Unterstützung bei der Wohnungssuche möglich – so eine Anregung von Frau Molitor (Förderkreis psych. Gesundheit).
- Die AWG und auch Frau Dräger-Möller berichten, dass von Seiten des Landes NRW für den sozialen Wohnungsbau nur ein sehr geringes Budget für Arnsberg zur Verfügung steht. Die Immobilienwirtschaft ist zudem an diesem Förderweg derzeit weniger interessiert als an bspw. höherpreisigen Eigentumswohnungen in zentralen Lagen.